

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Claudia Nolte, Ilse Falk, Dr. Maria Böhmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink, Uta Würfel, Ina Albowitz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.

— Drucksachen 12/4879, 12/6836 —

Situation der Jugend in Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Kaum jemals zuvor und in keiner anderen Gesellschaft waren die Chancen Jugendlicher größer als heute. Niemals zuvor bestanden vergleichbare Möglichkeiten der Bildung, des Reisens, des Zugangs zu technischen Errungenschaften und anderer Erfahrungen. Zu keiner Zeit war eine Gesellschaft so wohlhabend, daß sie ihrer Jugend Möglichkeiten eröffnen konnte, wie dies heute in der Bundesrepublik Deutschland der Fall ist. Doch kaum je blieb eine Gesellschaft so hinter ihren Möglichkeiten zurück. Dies hat die Krise der Jugendhilfe nach der deutschen Einigung maßgeblich verstärkt. Gerade in den neuen Ländern, wo nach dem gesellschaftlichen Umbruch von 1989 vielfach nicht nur die Strukturen, sondern jegliche gesellschaftliche Orientierung wegbrach, hat es die Bundesregierung versäumt, den davon besonders betroffenen jungen Menschen notwendige Angebote zu einer solidarischen Verarbeitung dieser Erfahrungen zu unterbreiten.

Seit Jahren findet unter der Bundesregierung keine Gesellschaftspolitik mehr statt. Es wird nur noch administrativ reagiert, um anfallende Schäden so gut wie möglich in Grenzen zu halten.

2. In Deutschland leben heute mehr als 23 Millionen junger Menschen unter 25 Jahren. Sie haben Anspruch auf ein

freies und selbstbestimmtes Leben und auf die Förderung ihrer Eigenverantwortlichkeit. Sie müssen ihre Zukunft im Vertrauen auf soziale Gerechtigkeit, auf eine gesunde Umwelt und gesicherten Frieden aufbauen können. Aber sie dürfen nicht in Angst vor der Zukunft aufwachsen: in Unsicherheit über ihre Erwerbsmöglichkeiten oder der Gefahr, keine Wohnung zu finden. Staat und Gesellschaft müssen dafür Sorge tragen, daß die Grundvoraussetzungen für eine Zukunft stimmen, die von unmittelbaren Existenzsorgen soweit wie möglich frei ist.

Die deutsche Einigung hat Millionen junger Menschen im Osten neue Chancen und Freiheiten eröffnet. Gleichzeitig jedoch belasten politische Versäumnisse im Einigungsprozeß und mangelnde Rücksicht auf die Interessen Jugendlicher das Verhältnis vieler zu Staat und Gesellschaft. Infolge des wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesses im Osten sind viele Familien in soziale Not geraten; hiervon bleiben auch ihre Kinder nicht verschont, die unter der materiellen Verunsicherung und der daraus oft folgenden sozialen Ausgrenzung besonders leiden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- eine bedarfsgerechte Ausbildungsförderung zu entwickeln und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß alle Jugendlichen – insbesondere in den neuen Bundesländern – eine zukunftsorientierte Ausbildung erhalten können, die auch die dauerhafte Übernahme in ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis ermöglicht. Das Berufsbildungssystem ist dahin gehend zu überprüfend, ob es systembedingte Benachteiligungen für Mädchen enthält;
- die in der Jugendarbeit notwendige Planungssicherheit durch eine ausreichende und verlässliche Förderung im Rahmen des Bundeskinder- und -jugendplans herzustellen und abzusichern;
- mit einem „Aufbauprogramm außerschulische Jugendarbeit“ die Grundlagen für leistungsfähige Strukturen in der Jugendarbeit – vor allem in den neuen Ländern – zu schaffen;
- entsprechend dem Beschluß der Jugendministerkonferenz von 1982 endlich das ehrenamtliche Engagement in Jugendverbänden anzuerkennen und zu fördern;
- die Rolle von Mädchen in der Jugendarbeit durch besondere Angebote und Modellprojekte zu fördern;
- der politischen Bildung im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit einen besonderen Stellenwert einzuräumen;
- die Weiterentwicklung von Beratungs- und Hilfsangeboten in der Jugendhilfe offensiv zu fördern, dabei insbesondere dazu beizutragen, daß die Jugendämter in den neuen Ländern mit einer ausdifferenzierten fachlichen Struktur ausgebaut werden können, die sich an den besonderen Bedürfnissen der Jugendlichen orientiert;

- die Angebote für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche im Rahmen der Jugendsozialarbeit zu stärken;
- neue Formen des Wohnens für Jugendliche und junge Erwachsene zu entwickeln und zu fördern;
- den internationalen Jugendaustausch und das Kennenlernen anderer Sprachen und Kulturen auszubauen, Mobilität und Reisebereitschaft zu fördern, um das Zusammenwachsen Europas zu erleichtern, Vorurteile abzubauen und ein interkulturelles Lernen zu ermöglichen;
- die VN-Konvention über die Rechte des Kindes konsequent umzusetzen und darauf hinzuwirken, daß junge Menschen bei der Gestaltung ihrer Lebens- und Erfahrungsräume in angemessener Weise beteiligt werden.

Bonn, den 25. Mai 1994

Hans-Ulrich Klose und Fraktion

